

06.11.85

- 1 -

Antrag

der Länder Hessen und Saarland

zur

Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat über
neue energiepolitische Ziele für die Gemeinschaft

Entwurf einer Entschließung des Rates über neue energiepolitische Ziele
der Gemeinschaft für 1985 und die Konvergenz der Politik der Mitglied-
staaten

Punkt 18 der 556. Sitzung des Bundesrates am 8. November 1985

Der Bundesrat möge beschließen:

"Der Bundesrat bittet die Bundesregierung darauf hinzuwirken, daß die Kommission der Europäischen Gemeinschaften in der Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat über neue energiepolitische Ziele für die Gemeinschaft die Aussagen zur Anwendung und Entwicklung der Kernenergie im Sinne der nachstehenden Ausführungen revidiert (insbesondere in Nr. 54, 80, 81).

Die Aussage, Kernenergie sei in der Gemeinschaft heute mehr oder weniger eine konventionelle Technologie geworden, ist bereits im Hinblick auf die bislang nicht abschließend gelöste Frage der Entsorgung der Kernkraftwerke nicht zutreffend. Dies gilt erst recht für die ins Auge gefaßte Weiterentwicklung der Brütertechnologie, deren Risiken und Entsorgungsprobleme erheblich über die bisherigen Kernenergieanlagen hinausgehen.

Steigerungen der Elektrizitätsnachfrage sollten durch eine Politik der konsequenten Ausschöpfung der vorhandenen Einsparpotentiale und der Anwendung von Technologien zur rationellen Energienutzung auf ein Mindestmaß begrenzt werden.

- ? -

Verbleibende Kapazitätslücken können durch den verstärkten Einsatz regenerativer Energiequellen und durch technologisch fortgeschrittene, umweltfreundliche Stromerzeugungsanlagen, vorwiegend auf Kohlebasis, geschlossen werden.

Die von der Kommission erwarteten wirtschaftlichen Vorteile des Einsatzes der Kernkraft sind schon bei Leichtwasserreaktoren im Hinblick auf die nicht abschließend gelöste Frage der Entsorgung längerfristig nicht gesichert. Die wirtschaftlichen Vorteile des Einsatzes der Brütertechnologie müssen darüberhinaus vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit den bisher gebauten schnellen Brutreaktoren erheblich bezweifelt werden. Insbesondere ist es unwahrscheinlich, daß der Einsatz von schnellen Brutreaktoren in Verbindung mit der Wiederaufarbeitung bestrahlter Brennelemente in absehbarer Zeit die Schwelle der Wirtschaftlichkeit überschreiten wird.

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung darauf hinzuwirken, daß die Entschließung des Rates über die neuen energiepolitischen Ziele der Gemeinschaft für 1995 und die Konvergenz der Politik der Mitgliedstaaten hinsichtlich der Verwendung der Kernenergie im Sinne der vorstehenden Ausführungen korrigiert wird."